

## X.

# Versuche zur Fälschung des Abstimmungsergebnisses.

Hindenburg, den 17. Juni 1921.

An den Herrn Präsidenten der Untersuchungskommission

Hindenburg.

Die karitativen Frauenvereine von Hindenburg und Zaborze erheben schärfsten Protest gegen folgende Vorgänge, die sich in den letzten Tagen im Kreise Hindenburg zugetragen haben:

1. In Hindenburg selbst werden Frauen und Männer, die von der Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft karitativer Frauenvereine (Deutscher Wohlfahrtsausschuß) Frau Landrat Dr. Suermond in der Zeit vor der Abstimmung eine Unterstützung erhalten haben, unter Drohungen gezwungen, die Erklärung abzugeben, daß sie diese Unterstützung ausgezahlt erhielten unter der Bedingung, dafür für Deutschland zu stimmen. Es wird den Frauen entweder eine Liste ins Haus geschickt, zu deren Unterschrift sie unter schwersten Drohungen gezwungen werden oder sie werden auf der Stadtkommandantur ebenfalls unter Drohungen ausgefragt und aufgefordert, jene Erklärung abzugeben. Eine Anzahl von Frauen hat in ihrer Angst vor dem polnischen Terror, unter dem unser Kreis nun seit mehr als 6 Wochen aufs schwerste leidet, die gewünschte Erklärung sich erpressen lassen, andere dagegen haben die Abgabe einer derartig wahrheitswidrigen Aussage verweigert. Zeugen hierfür sind in der Anlage\*) benannt.

Schon im April 1921 wurden von polnischer Seite Versuche gemacht, Frauen vor die I. K. zu rufen und dort von ihnen die Erklärung zu fordern, daß sie eine Unterstützung von Frau Landrat nur unter der Bedingung erhalten hätten, sie müßten dafür für Deutschland stimmen. Frau Landrat hat bereits am 22. 4. gegen diese Verleumdung den Schutz der I. K. angerufen und dort Strafantrag gegen den ihr unbekanntem Verleumder gestellt.

2. In Zaborze haben sich ähnliche Vorgänge abgespielt. Erste Vorsitzende des dortigen Wohlfahrtsausschusses ist die mitunterzeichnete Frau Rosenberger. Vorige Woche nun fand im Gasthause von Freund in Zaborze eine Versammlung von durch den Wohlfahrtsausschuß unterstützten Frauen statt, die von polnischer Seite einberufen und von einem gewissen Gritz geleitet wurde. Hier wurden die Frauen aufgefordert, ein Schriftstück zu unterschreiben, in dem die Erklärung abgegeben wurde, daß Frau Rosenberger bei Austeilung der Unterstützung gefordert habe, die Empfänger müßten dafür für Deutschland stimmen. Auch werden in Zaborze wieder andere Personen, die eine Unterstützung erhalten haben, aufgefordert, die aus nachstehender Abschrift ersichtliche eidesstattliche Erklärung auszufüllen und zu unterschreiben.

### Eidesstattliche Erklärung.

Hiermit erklären wir an Eidesstatt, daß wir kurz vor der Abstimmung von d..... einen Betrag von ..... Mk. erhalten haben. Da wir sehr arm sind und dieser Betrag uns aus der Not half, so haben wir vermutet, daß wir auch fernerhin eine Unterstützung werden erhalten können. Wir haben

---

\*) Die hier nicht mitgeteilte Anlage enthält elf Namen.

darauf aus Dankbarkeit und um uns eine solche Unterstützung von derselben Quelle zu sichern entgegen unserer früheren Ueberzeugung deutsch gestimmt.

Seit der Abstimmung haben wir keine Unterstützung mehr erhalten.

Zaborze, den ..... 1921.

Auch Frau Rosenberger erklärt, nie eine derartige Forderung an die Empfänger von Unterstützungen gestellt zu haben. Zeugen hierfür sind ebenfalls in der Anlage benannt.

3. In Makoschau wird von polnischer Seite zu den von dem dortigen Wohlfahrtsausschuß unterstützten Personen eine Liste herungeschickt, die sie unterschreiben müssen, ohne lesen zu dürfen, was darauf steht. Näheres darüber zu erfahren, ist bei der völligen Auflösung aller gesetzlichen Ordnung im Kreise nicht möglich. Ebenso können wir aus den anderen Ortschaften keine Nachrichten erlangen, wo vielleicht ähnliche Dinge vor sich gehen.

Die deutschen karitativen Frauenvereine aus dem Kreise Hindenburg erheben schärfsten Protest gegen die verleumderische Behauptung, als wären Unterstützungen ausgeteilt worden unter der Bedingung, die Empfänger hätten dafür deutsch zu wählen, und gegen die erpresserische Art, in der diese Erklärung von den durch die bisherigen Schreckenstaten verängstigten Personen erzwungen wird. Die unterzeichneten Vertreterinnen stehen ebenso wie Frau Landrat Dr. Suermondt, die zur Zeit nicht hier ist, jahre-, ja jahrzehntelang in der karitativen Arbeit für Oberschlesien. Nach dem Kriege haben sich die karitativen Frauenvereine zusammengeschlossen, um in gemeinsamer Arbeit um so wirksamer der allgemeinen Not steuern zu können. Es sind in dieser Zeit von jener Arbeitsgemeinschaft fortgesetzt zahlreiche Unterstützungen ausgeteilt worden ohne Ansehen der Nationalität und der Konfession. Die Behauptung, daß wir nach der Abstimmung unsere Tätigkeit eingestellt hätten, weisen wir mit Entrüstung zurück. Wir haben in der alten Weise weitergearbeitet bis zum Ausbruch des Insurgentenputsches, der allerdings unsere Arbeit außerordentlich erschwert hat, da Versammlungen unmöglich gemacht sind, unsere Wohlfahrtsküchen in Biskupitz, Ruda und auf der Guidogrube von den Insurgenten geschlossen wurden und unsere Fürsorgeschwestern, die bei Hausbesuchen Gaben verteilten, von den Insurgenten angehalten und aufgefordert wurden, diese Gänge zu unterlassen.

Die deutschgesinnte Bevölkerung des Kreises Hindenburg erblickt in diesem Vorgehen der Polen nur den verzweifelten Versuch, das für sie ungünstige Abstimmungsergebnis zu fälschen.

Mit dem Ausdrücke vorzüglicher Hochachtung

gez.: Fr. C. Rosenberger, Frau Else Kaatz, Frau Anna Altmann, Frau Agnes Hanke,  
Frau Annemarie Kretschmer, Elisabet Woitylak.

Verband der Zivil-Invaliden  
und Witwen Oberschlesiens  
Sitz Hindenburg.

Zabrze (Hindenburg O.-S.), den 5. Juli 1921.

Feierlicher Protest.

Nach langer Pause hielt der Verband der Zivilinvaliden, Witwen und Waisen, Sitz Hindenburg O.-S. eine ordentliche Mitgliederversammlung im Saale des Herrn Mikulla hier (Glaser's Hotel) am 3. d. Mts. nachmittags ab.

Unter anderen Punkten der Tagesordnung war der wichtigste der in bezug auf die Frau Landrätin Dr. Suermondt, die dem Verbande hochherziger Weise so viel Gutes erwiesen hat, dafür aber von gewissenlosen, unwürdigen Elementen mit dem größten Fanatismus als deutsche Agentin und Stimmenfängerin gebrandmarkt wurde. Der Vorstand des Verbandes rügte auf das allerschärfste dieses Verhalten dieser Unwürdigen. Er forderte die Versammelten auf, ob einer unter ihnen sich befindet, der eine Gabe aus der Hand der geschätzten Frau Landrat erhielt und ob ihm dabei die Frau Landrat gesagt habe, er erhalte die Gabe nur unter der Bedingung, daß er bei der

bevorstehenden Abstimmung nur für Deutschland stimmen dürfte. Es erscholl ein Pfuiruf von allen Versammelten über die Hetzer und Schwindler, die es wagten solche Unwahrheiten hervorzubringen. Einstimmig wurde folgende Resolution gefaßt: Wir versammelten Mitglieder protestieren auf das Entschiedenste gegen die Verdächtigungen und erhobenen Anschuldigungen gegen die Frau Landrat Dr. Suermondt vor aller Welt. Es ist niemals geschehen, daß unsere edle Spenderin uns solche Unwahrheiten gesagt hätte. Nicht das Geringste ist uns von ihrer Seite gesagt worden inbezug auf die Abstimmung. Es geschieht großes Unrecht der edlen Spenderin, Gottes Strafe soll die Verbreiter solcher gemeinen Lügen treffen. Wir bitten, die Frau Landrat wolle sich über diese infamen Lügen hinwegsetzen und ihr geschätztes Wohlwollen dem Verbande weiter zuwenden. Der Vorstand wird beauftragt Solches der Interalliierten Kommission hier, der Untersuchungs-Kommission in Oppeln und der Frau Landrat bekannt zu machen. Nach Besprechung verschiedener anderer Angelegenheiten wurde die Sitzung geschlossen.

Der Vorstand  
als Vorsitzender  
gez. Unterschrift.